

Welle des Protests in Tirol

Schul-Assistenz für behinderte Kinder in Gefahr? Regierung baut Novelle heimlich um



Die Aufwendungen für Schul-Assistenz seien massiv gestiegen, heißt es von Seiten der Landeskoalition.

© istock



Von Manfred Mitterwachauer

Freitag, 16.01.2026, 06:00

Die Novelle des Teilhabegesetzes sorgt neuerlich für Wirbel. Weil die Regelungen für die Schul-Assistenz nachträglich adaptiert wurden. Zu Lasten behinderter Kinder, wie Kritiker

sagen.

Innsbruck – Die Kritik an der Novelle des Tiroler Teilhabegesetzes im Dezember des Vorjahres war enorm und breit gestreut. Die schwarz-rote Landesregierung will bekanntlich die Schul-Assistenz für behinderte oder beeinträchtigte Kinder neu regeln. Genauer gesagt: die Voraussetzung für die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen an die Schulerhalter. Also die Gemeinden.

Aktuell kann der Lohnkostenzuschuss und folglich die Schul-Assistenz-Förderung gewährt werden, wenn ein Kind entweder Pflegegeld bezieht oder eine erhöhte Familienbeihilfe. Die erste Protest-Welle löste 2025 aus, als bekannt wurde, dass die Landesregierung die Familienbeihilfen-Regelung aus dem Gesetz streichen und in eine eigene Richtlinie auslagern will. Damit, so die Befürchtung, würden einige Kinder um die Schul-Assistenz umfallen, lautete die Kritik von Experten und Behinderten-Organisationen. Auch, weil hinter den Änderungen unmissverständlich ein gewisser Spargedanke steckt, wie aus den Erläuterungen zur Novelle durchscheint.

„Will der Landtag einem Gesetz zustimmen, obwohl diese zentrale Richtlinie nicht bekannt ist?“

Ludwig Plangger, Obmann ARGE Sodit

Befürchtungen, welche die Regierung dementierte. Vielmehr stünde mehr Flexibilität in der Einzelfallbewertung und eine Effizienzsteigerung im Vordergrund. Und so wurde die Teilhabe-Novelle kürzlich per Beschluss dem Landtag für die Februar-Sitzung zugewiesen.

Auch Pflegegeld ausgelagert

Doch die Novelle wurde nicht einfach 1:1 weitergeleitet. Sondern in abgeänderter Form. Wer meint, dem öffentlichen Widerstand sei darin nun Folge geleistet worden, irrt. Im Gegenteil. Vielmehr wurde nun auch das Pflegegeld als Schul-Assistenz-Voraussetzung aus dem Gesetz gestrichen und in besagte Richtlinie ausgelagert. Eine Richtlinie, die übrigens noch nicht existiert, sondern von Gesundheits- und Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) erst auszuarbeiten ist. Darin sollen nun Bestimmungen über „die Feststellung des Vorliegens einer Behinderung und eines Bedarfs an Schul-Assistenz“ neu geregelt werden, wie es in der Regierungsvorlage heißt. Über die Ausgestaltung derartiger Richtlinien entscheidet einzig und allein die Landesregierung.

Mindestsicherungs-Gesetz wird ab Juli weiter verschärft

Erst kurz vor dem Jahreswechsel
hat die schwarz-rote
Landesregierung das Tiroler

Mindestsicherungsgesetz
verschärft. Subsidiär
Schutzberechtigte fallen seit
Jänner per se in die Bundes-
Grundversorgung, erhalten also
weniger Leistungen. Ein Vorgriff
auf eine weitreichendere Reform,
die im Herbst 2025 für heuer
angekündigt wurde.

Im Zuge der Regierungsklausur
präsentierte Soziallandesrätin
Eva Pawlata (SP) auch erste
Details dieser geplanten Novelle.
So soll ein erster
Begutachtungsentwurf bereits
Anfang Februar auf den Tisch
kommen. Der Landtag soll in
Folge das neue Gesetz im Mai
beschließen, damit es ab 1. Juli in
Kraft treten kann, so der Plan.
Pawlata muss liefern. Wollen
VP/SP doch zahlreiche weitere
Verschärfungen vornehmen,
gleichzeitig aber auch punktuelle
Vorteile erreichen.
Verbesserungen für
Mindestpensionisten sollen
dadurch erreicht werden, dass bei

Ausgleichszulagenbeziehern
künftig der 13. und 14.
Pensionsanteil nicht angerechnet
wird. Behinderte sollen einen
monatlichen Zuschlag erhalten,
gleichzeitig sollen
Wohngemeinschaften und
Großfamilien gekürzt werden.

Für die Obfrau des Vereins „Integration Tirol“, Sonja Tollinger, drängt sich der Verdacht auf, dass „hier maximale Steuerungsfreiheit auf Kosten von Rechtssicherheit und Inklusion geschaffen wird“. VP/SP würden damit alle gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen für Schul-Assistenz abschaffen, zudem sei weiter unklar, wer künftig entscheiden solle oder werde, wann und wem Schul-Assistenz (bzw. Lohnkostenzuschüsse) gewährt wird.

Auch Tirols Kinder- und Jugendanwalt Lukas Trentini bemängelte bereits den ersten Novellen-Entwurf. Die neuerliche Adaptierung sei umso mehr „irritierend“. Eine Richtlinie möge für das Land flexibel sein, für betroffene Kinder wie Eltern schaffe dies aber nichts anderes als „Unsicherheit“.

**„Was nicht im Gesetz steht ist kein Recht mehr,
sondern ein Gnadenakt der Verwaltung.“**

Ähnlich sieht das der Obmann der ARGE Sodit, also des Dachverbands der Organisationen für Menschen mit Behinderung in Tirol, Ludwig Plangger. Dass nach der erhöhten Familienbeihilfe auch der Pflegegeldbezug aus dem Gesetz gestrichen werde, sei ein klarer Rückschritt für die Rechte Behinderter. Er appelliert an den Landtag, der Novelle nicht zuzustimmen, solange die dazugehörige Richtlinie offen sei.

Hagele verteidigt Adaption

Aus Hageles Büro hieß es am Donnerstag, dass man mit der Novelle „wesentlich bedarfsorientierter“ handeln könne: „Kinder, die einen Bedarf haben, sollen Schul-Assistenz bekommen“. Die Kritik könne man nicht nachvollziehen. Dem hält Grünen-Sozialsprecherin Zeliha Arslan entgegen, dass die Koalition mit dieser Vorgehensweise einen „demokratiepolitischen Tabubruch“ begehe: „Die Regierung kann künftig ohne parlamentarische Gegenwehr das Gewährungsverfahren ändern, verschärfen oder verschlechtern.“

Mehr zu diesem Thema:



Rückschritt für Inklusion

[Droht Schul-Assistenz der Sparstift?](#)

[Wieso Landesrätin Hagele unter
Zugzwang kommt](#)



Widerstand gegen Novelle
Schul-Assistenz in Gefahr? Welche
Kinder jetzt zittern müssen



Genügend TSD-Wohnungen?
Streit um schärfere Mindestsicherung in
Tirol: Wieso die Wohnraumfrage brisant
wird



Novelle ohne Begutachtung
Weniger Mindestsicherung: Wo ÖVP und
SPÖ in Tirol im Eiltempo kürzen wollen